Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3248.

Inserate nimmt die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pfg. pro fünfgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichgültige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 273. [38. Jahrgang.] **Dienstag den 22. November 1898.** [38. Jahrgang.] **Nr. 273.**

Für den Monat **Dezember** werden bei allen Reichs-Postanstalten Abonnements auf die

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung"

zum Preise von 1 Mark 34 Pf. entgegengenommen; — in Berlin in der Expedition Wilhelmstraße 32, außerdem bei sämmtlichen Zeitungs-Spediteuren; — in Potsdam bei A. Pusch, Kanal 19.

Berlin, den 21. November.

Politischer Tagesbericht.

Nach einem Telegramm aus Messina erhielt unser **Kaiser** eine Depesche des **Königs Humbert**, in der dieser seiner Freude über die glückliche Rückkehr des Kaisers von der Orientreise sowie seiner innigen Freundschaft für Allerhöchstdenselben wärmsten Ausdruck gab. König Humbert fügte hinzu, daß diese seine Gefühle von seinem ganzen Volke getheilt würden. Kaiser Wilhelm erwiderte in herzlichsten Worten.

Das **Staatsministerium** trat heute Nachmittag 3 Uhr im Dienstgebäude, Leipzigerplatz 11, unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Fürsten zu Hohenlohe zu einer Sitzung zusammen.

Ein schlesisches Blatt brachte unter dem 14. d. M. eine Zuschrift aus Wien „**Zur Welfenfrage**" über eine angeblich bevorstehende Thronbesteigung des Sohnes Sr. königl. Hoheit des Herzogs von Cumberland, sowie über ein 1891 hierüber angeblich erzieltes Einverständniß. Diese Mittheilungen entbehren, wie wir versichern können, jeder Begründung.

Die jüngsten **Ausweisungen aus dem nördlichen Schleswig** scheinen die Presse mehr zu beschäftigen, als es sonst wohl in der Regel der Fall war. Es liegt nichts vor, was den Ausweisungen irgendwie einen besonderen Charakter aufdrücken könnte. Sie erfolgten, wie es leider auch früher nothwendig war, als eine zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit unerläßliche Maßregel gegen eine landesfeindliche Agitation, deren offen ausgesprochenes Ziel in der Lostrennung eines preußischen Gebietstheiles besteht. Wenn trotzdem gegenwärtig von demjenigen Theil der deutschen Presse, welcher ohnehin jede Regierungsmaßregel schlechtweg verwirft, ungewöhnlich viel Aufhebens von den Ausweisungen gemacht und behauptet wird, es handele sich diesmal um ein ganz besonders ungerechtfertigtes Vorgehen der Regierung im nördlichen Schleswig, so muß dafür ein besonderer Grund vorliegen. Es trifft damit der merkwürdige Umstand zusammen, daß sogar die ausländische Presse die Ausweisungen zum Gegenstand von Betrachtungen macht, aus welchen eine Auffassung der Dinge spricht, wie sie nur von Solchen getheilt werden kann, die der preußischen Regierung das Recht der Nothwehr in bedrohten Grenzbezirken streitig machen und sie zur Duldung landesfeindlicher Umtriebe zwingen wollen. So finden wir im „Temps" vom 17. November einen Artikel, in welchem die Art und Weise, wie die preußische Regierung sich von lästigen Ausländern im Allgemeinen und von aktiv landesfeindlichen dänischen Unterthanen in Schleswig-Holstein im Besonderen zu befreien bestrebt ist, als eine barbarische Beleidigung der Humanität bezeichnet wird. Ein anderes ausländisches Blatt hat der Regierung das Motiv unter, sie wolle in Schleswig eine Unzufriedenheit schaffen, welche dann als eine Entschuldigung für zukünftige strengere Maßregeln dienen solle. Die preußische Ausweisungspolitik erscheint dem Blatte weder weise noch einer starken Regierung würdig.

Uns würde es weder weise noch einer starken Regierung würdig erscheinen, wollte sie sich gegen solche Angriffe der Mühe einer Vertheidigung unterziehen. Man weiß ja, daß es in Paris etliche dänische Schriftsteller giebt, welche dafür sorgen, daß die französische Presse die Lage der Dinge im nördlichen Schleswig durch die Brille der dortigen Agitatoren betrachtet und die Abwehrmaßregeln Preußens von vornherein als in jeder Hinsicht willkürlich und ungerechtfertigt verurtheilt. Das ist nichts Neues, nur daß die Herren Hansen u. s. w. diesmal besonders rührig gewesen zu sein scheinen. Auch hat das „Flensb. Avis", ein Hauptorgan der Agitation für die Erhaltung der landesfeindlichen Gesinnung im nördlichen Schleswig, etliche seiner Artikel über die jüngsten Ausweisungen im Auslande verbreiten lassen. Daß solche Darstellungen gerade von derjenigen Seite, gegen welche die preußische Regierung vorzugehen gezwungen ist, keine unparteiische Informationsquelle über die Gründe und die Art der Ausweisungen bilden können, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung. Man darf es freilich dem Ausland nicht allzu sehr verübeln, wenn es bei dem augenscheinlichen Interesse, welches es dank der deutsch-feindlichen Agitation im nördlichen Schleswig an unserer diesbezüglichen Politik entgegenbringen sich geneigt fühlt, Partei für die Sache der Ausgewiesenen nimmt und die Maßnahmen der preußischen Regierung abfällig beurtheilt. Hat doch ein Theil der deutschen Presse selbst zur Beurtheilung der Ausweisungen den Standpunkt des „Flensb. Avis" als den richtigen acceptirt.

In Wahrheit bieten die jüngsten Ausweisungen nicht den geringsten Anlaß zu dem nur künstlich erweckten Glauben, als handle es sich um Anwendung besonderer Strenge, und als habe die preußische Regierung gar eine „neue Ausweisungspolitik" angenommen. Die größere Zahl der Ausgewiesenen erklärt sich einfach aus der größeren Zahl von solchen Personen, welche an der die Sicherheit und den Frieden im nördlichen Schleswig bedrohenden Agitation notorischer Weise durch Wort und Handlungen theilgenommen haben. Diese Agitation ist eben in jüngster Zeit eine besonders lebendige gewesen. Die Hetzereien der landesfeindlichen Presse, die Ausschreitungen der dänisch gesinnten Vereine und die offenen Bestrebungen, das Zusammenleben mit den deutschen Mitbürgern unerträglich zu gestalten, haben die Regierung gezwungen, von der Schutzwaffe der Ausweisung einen entsprechenden Gebrauch zu machen. Die Verantwortung dafür fällt lediglich auf die betroffenen Personen selbst. In den ehemalig unter dänischer Herrschaft befindlich gewesenen deutschen Landestheilen ist es noch Niemandem verwehrt gewesen, die dänische Sprache und dänische Sitten zu pflegen, und für die bekannten Klagen darüber, daß man dort dänische Unterthanen mit Gewalt zu Deutschen machen wolle, ist nicht ein Schatten von Begründung vorhanden. Wohl aber haben wir es im nördlichen Schleswig mit Elementen zu thun, welche es den Deutschen verwehren wollen, deutsch zu sein, und welche in offener Empörung gegen die Landesregierung die Lostrennung von Preußen betreiben. Diesen Elementen entgegenzutreten, das Deutschthum vor ihnen zu schützen und Herr im eigenen Hause zu bleiben, ist eine Pflicht, deren Nichterfüllung ein Verbrechen der Regierung wäre. Die Ausweisungen können und werden erst mit dem Augenblicke aufhören, in welchem auch die landesfeindliche Agitation aufgehört hat. Letzteres hängt aber nicht von der preußischen Regierung, sondern von Denjenigen ab, welche gegen sie den landesverrätherischen Kampf führen.

Die „D. Tageszeitung" beruhigt sich, daß sie die **Erhöhung des Bankdiskonts** auf 6 pCt. vorausgesehen habe, und will dadurch den Unwillen des Reichsbank-Präsidenten erregt haben. Worauf sich diese Behauptung gründet, wissen wir nicht. Die Reichsbank-Verwaltung hat sich offenbar nicht leichten Herzens, sondern erst dann zur Diskonterhöhung entschlossen, als der bei einem Diskont von 5½ pCt. erwartete Rückfluß sich als ungenügend erwies. Auf die jetzige Lage paßt aber das von der „D. Tageszeitung" wieder mit Vorliebe angewendete Gleichniß von der kurzen Golddecke durchaus nicht. Als am 31. Dezember 1875 und im Februar 1882 der Diskont auf 6 Prozent erhöht wurde, geschah es wegen starken Goldabflusses ins Ausland. Jetzt ist, wie im Zentralausschuß der Reichsbank von dem Vorsitzenden ausdrücklich hervorgehoben wurde, Gold nicht dahin abgeflossen, sondern nur in den inneren Verkehr wegen des großen Bedarfs von Industrie, Handel und Landwirthschaft. Bemerkenswerth ist das Zugeständniß der „D. Tageszeitung", daß die „guten alten Silberthaler" noch immer einen nützlichen Bestandtheil unserer Währung darstellen. Sonst werden dieselben gewöhnlich von bimetallistischer Seite wegen des gesunkenen Silberwerthes als eine besondere Gefahr bezeichnet, wie dies noch kürzlich in der „D. Tageszeitung" selbst geschehen ist.

Bezüglich der **Postreformen**, welche nach Abschluß der verschiedenen Konferenzen zur Vorlage an den Bundesrath ausgearbeitet werden sollen, wird uns die Meldung verschiedener Blätter bestätigt, daß außer der Erhöhung des Höchstgewichts der einfachen Briefe von 15 auf 20 Gramm eine Herabsetzung des Ortsbriefbestellgeldes für den Berliner Stadtbezirk von 10 auf 5 ₰ vorgeschlagen werden soll. Auch weitere Herabsetzungen des Briefportos im Ortsverkehr sind geplant. Die Privatposten sollen für den durch die Ausdehnung des Postregals auf die Beförderung geschlossener Briefe ihnen entstehenden Ausfall durch eine einmalige Entschädigung abgefunden werden. Im neuen Post-Zeitungstarif soll ferner nicht mehr allein der Abonnementsbetrag einer Zeitung zur Grundlage für die Berechnung der Postgebühr gemacht werden, sondern auch das Gewicht, daneben auch die Häufigkeit des Erscheinens einer Zeitung.

Der „Reichs-Anzeiger" hat die amtliche Mittheilung gebracht, daß die **Uebereinkunft** zwischen dem **Norddeutschen Bunde** und der **Schweiz** wegen gegenseitigen **Schutzes** der **Rechte** an **literarischen Erzeugnissen** und Werken der **Kunst** vom 13. Mai 1869, die durch das Protokoll vom 23. Mai 1881 auf das Reich ausgedehnt worden war, am 17. d. M. von der schweizerischen Bundesregierung gekündigt worden ist, und daß in Folge dieser Kündigung die Uebereinkunft und das Protokoll mit dem Ablauf des 17. November 1899 außer Kraft treten werden.

Ein vertragloser Zustand wird durch diese Kündigung zwischen dem Reiche und der Schweiz nicht geschaffen, die gegenseitigen Beziehungen auf dem Gebiete des Urheberrechts bleiben nämlich auch fernerhin durch die Bestimmungen der Berner Uebereinkunft, betreffend die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst vom 9. September 1886, und der dazu vereinbarten Pariser Zusatzabkommen vom 4. Mai 1896 geregelt. Die Rechtsunsicherheit, welche durch das Nebeneinanderbestehen der internationalen und der Spezial-Uebereinkommen Platz greifen könnte, dürfte für die eidgenössische Regierung der Grund gewesen sein, zur Kündigung der erwähnten Abmachungen zu schreiten.

In Betreff der **Beziehungen Englands zu den Vereinigten Staaten** wird von gestern aus London depeschirt:

Der Washingtoner Korrespondent des „New-York Herald" erklärt, die Pariser Meldung, Chamberlain habe einen Vertragsentwurf mit nach England genommen, sei unbegründet. Der Korrespondent fügt hinzu, er sei von zuständiger Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß das englisch-amerikanische Einvernehmen, von dem man mit gutem Grunde annehmen dürfe, daß es in breiten Grundzügen bestehe, das Stadium des Vertragsschlusses noch nicht erreicht habe. Alles, was bisher in dieser Richtung geschehen sei, sei, daß die Leiter der beiden Regierungen dahin gelangt seien, anzuerkennen, daß die Interessen der beiden Länder in großem Maße identisch seien, und daß die Ziele, welche beide Länder verfolgen, durch übereinstimmendes Wirken erreicht werden könnten.

Aus Shanghai besagt eine Meldung des „Reuterschen Bureaus": In einer Rede, die Lord Charles Beresford hier auf einem Banket hielt, trat er lebhaft ein für eine kommerzielle Allianz zwischen England, den Vereinigten Staaten, Deutschland und Japan auf der Basis der Integrität Chinas und der Politik der offenen Thür.

Laut einer Depesche aus Boston sind dort seitens der **britischen Admiralität** Befehle eingegangen, die Arbeiten auf allen Schiffen, die auf der Charleston-Schiffswerft einer Reparatur unterzogen werden, möglichst zu beschleunigen.

Zu dem mehrerwähnten Stapellauf des neuen britischen Schlachtschiffes „Formidable" bemerkt die „St. James's Gazette": „Der Stapellauf ist glücklich von Statten gegangen, und ehe das nächste Jahr seine zweite Hälfte erreicht hat, dürfte das größte Schlachtschiff der Welt in Dienst gestellt werden. Der Bau des „Formidable" ist ein Beweis davon, daß diejenige Schule von Marine-Ingenieuren, welche große Schiffe bevorzugen, die Oberhand in der Admiralität hat. Viele sind bekanntlich gegen den Bau gewaltiger Kolosse und sind für kleinere, aber zahlreichere Schlachtschiffe. Die Debatte über die Frage begann, als der Herzog von York Lord-Groß-Admiral war, und wird niemals ganz ausgetragen werden, da sie zwei Seiten hat. Der Vortheil eines sehr großen Schiffes ist, daß es viele Kohlen einnehmen und deshalb länger auf See bleiben kann. Aber Alles in Allem genommen, weist dieser Vortheil diese Nachtheile auf."

Ueber die **Marinepläne** der **Vereinigten Staaten** heißt es in einer Korrespondenz des „Daily Chronicle" aus Washington:

Das Flottenbau-Programm, welches Marinesekretair Long dem Kongreß vorzulegen beabsichtigt, schlägt vor, u. A. folgende Schiffe zu bauen: 3 Schlachtschiffe erster Klasse, 5 gepanzerte Kreuzer von der höchsten Fahrgeschwindigkeit und 5 beschlagene und verkupferte Kreuzer zweiter Klasse. Diese Fahrzeuge werden 50 000 000 Doll. kosten. Sie sollen innerhalb dreier Jahre vollendet werden. Da der Kongreß erst jüngst den Bau von 36 Torpedobooten und Torpedojagdfährern angeordnet hat, wird der Marinesekretair nicht beantragen, die Zahl dieser Fahrzeuge zu vermehren. Der Effektivbestand der Marine soll von 12 000 auf 17 000 Mann erhöht werden.

Ueber die **amerikanisch-spanischen Angelegenheiten** erhält die „Pall Mall Gazette" aus New-York vom 12. November eine längere, die Situation dahin kennzeichnende Auslassung:

„Die Friedensverhandlungen in Paris ziehen sich so sehr in die Länge, daß das öffentliche Interesse an ihnen fast ganz geschwunden ist. Im Allgemeinen nimmt man an, daß Spanien sich schließlich den Forderungen der amerikanischen Delegirten fügen wird. Wenn auch die eingehenden telegraphischen Meldungen mitunter eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nahelegen, so ist diese Möglichkeit doch unwahrscheinlich. Die jüngste spanische Forderung, die Bedeutung der Fassung des Protokolls über die Philippinen zu schiedsgerichtlich feststellen zu lassen, hält man in den Vereinigten Staaten nur für eine Ausflucht, um Zeit zu gewinnen, in der Hoffnung, es möge sich mittlerweile etwas ereignen, was die Vereinigten Staaten milder stimmen würde. Nach den heute eingetroffenen Depeschen wird Spanien, trotz alles Geredes vom Abbruch der Verhandlungen, schließlich alle amerikanischen Forderungen bewilligen und einen demgemäßen Friedensvertrag abschließen. Die Streitpunkte schelnen sich allmälig in juristische Spitzfindigkeiten aufgelöst zu haben. In amtlichen Washingtoner Kreisen glaubt man fest, daß die Kommissare ihre Aufgabe bis zum Schlusse des Jahres beendigt und der Senat in der nächsten Tagung des Kongresses den Friedensvertrag genehmigt haben wird. Es steht jetzt fest, daß die Ver. Staaten die Verwaltung ganz Kubas am 1. Januar übernehmen werden. Innerhalb zehn Tagen werden Truppen in die Provinz Havana gesandt werden. Auch soll Cienfuegos besetzt werden. Das Erste, wofür die Vereinigten Staaten zu sorgen haben werden, ist, die Weiterverbreitung des gelben Fiebers in Kuba zu verhüten. Der Marine-Hospitaldienst wird einen Kordon um Kuba ziehen, und jedes Schiff wird vor seiner Abfahrt desinfizirt werden. Auch sind Pläne zur sanitairen Beaufsichtigung der Insel entworfen worden."

Ein „Reuter"-Telegramm aus Washington vom 17. November weiß zu melden, daß auf **Puerto Rico** an Anarchie grenzende ungeordnete Zustände herrschen sollen. Auch habe die Aufführung der amerikanischen Truppen zu Klagen Anlaß gegeben. Das Kabinet zu Washington habe darüber berathen und dem General Brooke befohlen, die Thatsachen zu untersuchen und darüber zu berichten.

Aus **Manila** bringt eine Depesche vom letzten Sonntag nachstehende Mittheilungen:

Als in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend drei Eingeborene einen Wagen miethen wollten, entspann sich wegen des Fahrpreises ein Streit, der die amerikanische Polizei zum Einschreiten veranlaßte. Die Eingeborenen griffen die Polizisten an, tödteten einen Sergeanten und verwundeten drei andere Amerikaner; auch einer der Eingeborenen wurde getödtet, die beiden Anderen wurden verhaftet. — Wie verlautet, soll Iloilo in der Gewalt der Aufständischen sein; zwei amerikanische Kriegsschiffe sind nach dort abgegangen. — Die hiesigen Kaufleute haben beschlossen, eine Handelskammer zu errichten, was früher vom spanischen Gesetz verboten war.

Wie eine Pariser Depesche hervorhebt, verzeichnet der „Figaro" ein Gerücht, dem zufolge die **französische** und **italienische Regierung** sich in Bezug auf den Abschluß eines **Handelsvertrages** verständigt hätten, welcher in dieser Woche unterzeichnet werden solle.

Wie eine Pariser Depesche vom gestrigen Sonntage feststellt, bestätigt sich die Meldung einiger Blätter, es sei in einer vorgestern stattgehabten Konferenz der Minister Dupuy, Lebret und Guillain beschlossen worden, **Dreyfus** nach Frankreich überzuführen, nicht. Es wurde in jener Konferenz, wie die Pariser Zeitungen erklären, nur der gegenwärtige Stand der Dreyfus-Angelegenheit besprochen. Das „Journal" glaubt zu wissen, daß man sich über die wichtigen Punkte geeinigt habe. „Matin" behauptet, der Kassationshof habe beschlossen, den Rath Atthalin zur Vernehmung von Dreyfus nach Cayenne zu entsenden, wogegen dem „Intransigeant" zufolge im Cherche-midi-Gefängniß bereits Befehle für die demnächstige Ankunft Dreyfus' gegeben seien.

Clémenceau deutet in der „Aurore" an, Freycinet werde verfügen, daß die Untersuchungsakten betreffend den Obersten Picquart dem Kassationshofe zur Klarstellung der Affaire unterbreitet werden sollen. Eine solche Verfügung käme der Einstellung des Strafverfahrens gleich.

Die zur Feier des **50jährigen Offiziersjubiläums** des Großfürsten Michael Nikolajewitsch in Petersburg eingetroffenen preußischen und österreichischen Militairdeputationen stellten sich vorgestern dem Großfürsten vor und statteten sodann den übrigen Großfürsten und dem Kriegsminister General Kuropatkin Besuche ab. Die preußischen Deputationen wurden sodann vom deutschen Geschäftsträger v. Tschirschky und Bögendorff empfangen.

Anläßlich des Jubiläums ist an den Großfürsten ein kaiserliches Restript ergangen, in welchem es nach Aufzählung der Verdienste des Jubilars heißt:

„Von dem Wunsche geleitet, Euere kaiserliche Hoheit an dem heutigen Freudentage aufs Neue zu ehren, habe ich mittels Tagesbefehls im Militairressort verordnet, daß die Ihrem Herzen von jeher nahestehende Gardeartillerie Ihnen dieselben Ehren erweist, welche laut Reglement mir gebühren. Möge diese Ehrung als sichtbares Zeichen dienen für meine unbegrenzte Hochachtung vor Euerer kaiserlichen Hoheit, dem ältesten, innig geliebten Mitglied des kaiserlichen Hauses, das ein hohes Beispiel des selbstlosen Dienstes für das Vaterland giebt."

Dem offiziellen Texte des Restriptes ist vom Kaiser eigenhändig hinzugefügt:

„Indem ich von Herzen wünsche, Ihre nächste Mitarbeiterschaft möge mir für viele Jahre verlängert werden, verbleibe ich Euerer kaiserlichen Hoheit stets unverändert wohlgeneigter, dankbarer und herzlich liebender Neffe Nikolai."

Gestern fand zu Ehren des Jubilars ein Galafrühstück statt, wobei der Großfürst auf den Kaiser von Rußland und sodann auf den Deutschen Kaiser und den Kaiser von Oesterreich toastete. Der Kriegsminister brachte das Hoch auf den Jubilar aus. Im weiteren Verlaufe des Frühstücks sprach der Kommandeur des preußischen 1. Garde-Feldartillerie-Regiments Oberst Heintze von Krenski im Namen der drei ausländischen Deputationen den Dank für die ihnen bereitete Aufnahme in Petersburg aus. Sämmtliche Mitglieder der Deputationen erhielten Ordensauszeichnungen.

Aus **London** gehen uns folgende Mittheilungen zu:

Generallieutenant Sir Francis Grenfell wird bis zum 5. Januar n. J. Befehlshaber der britischen Truppen in Egypten bleiben. Dann wird er sich auf seinen Posten als Gouverneur nach Malta begeben. — Lord Kitchener von Khartum wird am 8. Dezember von Marseille nach Kairo fegeln. — Der neuernannte indische Vicekönig Lord Curzon wird am 16. Dezember auf dem Dampfer der Peninsular und Oriental Dampffschiffahrts-Gesellschaft nach Indien segeln.

Wie aus Paris depeschirt wird, richtete Prinz Heinrich von Orleans an den Minister des Auswärtigen Delcassé einen offenen Brief, in welchem er ihn an seine Mission und an diejenigen von Bonchamps und Clochette in Abessynien erinnert und hinzufügt, wenn die Franzosen nicht bereits seit langer Zeit am Weißen Nil seien, so sei dies nicht die Schuld Menelikß; der Prinz beklagt alsdann das Aufgeben Faschodas und erinnert an die hundertjährige Rolle, die Frankreich in **Egypten** gespielt habe. Der Brief schließt mit der Mittheilung, daß der Prinz auf die zu einem patriotischen Zwecke projektirte Reise, die aber nunmehr unnütz sei, verzichte.

Die „Times" meldet aus Kairo von gestern, die Mächte hätten den Vorschlag der egyptischen Regierung angenommen, die Grundsteuer um 221 000 Pfund Sterling jährlich herabzusetzen.

Wie dem „Reuterschen Bureau" aus Kairo berichtet wird, soll der Khalif sich mit kleinem Gefolge in Rubua (Kordofan) befinden; er sei knapp an Lebensmitteln und seine sudanesischen Schützen sollen desertiren.

Kleinere Nachrichten: In Budapest wurde gestern in Anwesenheit sämmtlicher Minister und Staatsbehörden, Deputationen des Parlaments, industrieller und gewerblicher Korporationen das **Denkmal für Gabriel Baroß**, den verstorbenen Handelsminister, feierlich enthüllt. Die Gedenkrede hielt der Handelsminister Daniel. — Der österreichische Marinekommandant **Frhr. v. Spaun** hat sich nach Pola begeben. — Das Mitglied des britischen Unterhauses Sir **George Baden-Powell** ist am Sonntag Nachmittag gestorben. — Zu **Rüthen** fand in Gegenwart des Ministers des Aeußern, des Justizministers und des Ministers des Innern, sowie der hiesigen Behörden und der Geistlichkeit die feierliche Enthüllung des Murawiew-Denkmals statt. — Die „Agence Bulgare" versichert, das von der bulgarischen Opposition verbreitete Gerücht, wonach gegen den Fürsten gerichtete revolutionaire Druckschriften an den Mauern von **Sofia** angeheftet und eine Druckerei, welche der Herstellung dieser Druckschriften verdächtigt erschien, von der Regierung geschlossen wurde, sei durchaus unbegründet. — Der neue Stadtrath von **Algier** wählte Max Régis, den Direktor des aus der antisemitischen Bewegung in Algier bekannten Blattes „Antijuif", zum Bürgermeister. — Die Damen des diplomatischen Korps in **Peking** haben den Tungli-Namen um die Erlaubniß ersucht, der Kaiserin-Wittwe an ihrem Geburtstag, 29. November, ihre Glückwünsche darbringen zu dürfen.

Die Reise des Kaiserpaares.

Am Sonnabend unternahmen Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin in Messina einen Ausflug mit einer Dampfschaluppe und besuchten die Villa Sanderson. Am Nachmittag wurde den Majestäten eine großartige Kundgebung bereitet: Tausende von Bürgern fuhren in kleinen Dampfern und zahllosen reich geschmückten Barken in die Nähe der „Hohenzollern" und brachten den Majestäten stürmische Ovationen dar; der Hafen bot einen glänzenden Anblick.

Messina, 21. November. Das gestern von der Kapelle der „Hohenzollern" im Vittorio Emanuele-Theater zu einem wohlthätigen Zweck gegebene Konzert nahm einen glänzenden Verlauf. Sämmtliche vorgetragenen Stücke riefen stürmische Begeisterung hervor, namentlich fand eine Komposition Sr. Majestät des Kaisers großen Beifall. Das mit frischem Grün, Blumen, Trophäen und Fahnen in deutschen und italienischen Farben geschmückte Theater war bis auf den letzten Platz gefüllt, alle Behörden waren zugegen. Das Konzert wurde mit der deutschen und italienischen Volkshymne eröffnet und beschlossen; beide wurden von den Zuhörern stehend und unter großem Jubel angehört. Von den oberen Reihen des Theaters flatterten Zettel mit den Worten: „Es lebe Kaiser Wilhelm!" herunter.

Messina, 21. November. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Zur Mittagstafel bei den Majestäten waren gestern der kommandirende General, der Präfekt und der Bürgermeister von Messina geladen. Auf besonderen Befehl des Kaisers spielte die Musikkapelle der „Hohenzollern" gestern an Land, wobei von den Zuhörern stürmisch die deutsche Nationalhymne verlangt wurde. Heute giebt die Kapelle der „Hohenzollern" im Teatro massimo ein Wohlthätigkeitskonzert. Eine in den Straßen angeschlagene Proklamation des Bürgermeisters, welche dies dankend bekannt giebt, erinnert daran, wie großmüthig Kaiser Wilhelm sich Messina gegenüber gezeigt habe, als diese Stadt vor 4 Jahren unter den Folgen des Erdbebens schwer gelitten hatte. Messina habe diese Hochherzigkeit nicht vergessen; es kenne die Vorliebe des Deutschen Kaisers für diese Stadt und für Sizilien und bringe dem mächtigen Beschützer Deutschlands und Italiens den Ausdruck tiefer Dankbarkeit und unerschütterlicher Anhänglichkeit entgegen. Zur Abendtafel waren anwesend der Direktor der Zoologischen Station in Neapel, Professor Dohrn, Generalkonsul v. Rekowski aus Neapel und der Archäologe Museumsdirektor Salinas aus Palermo, der vor drei Jahren den Majestäten als kundiger Führer durch Sizilien gedient hatte. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sprachen der Königin von Italien telegraphisch die warmsten Glückwünsche zum Geburtstage aus. Die Weiterreise erfolgt morgen. Die „Hohenzollern" ist fortgesetzt von Booten umringt, deren Insassen den Majestäten, sobald sich Dieselben zeigen, lebhafte Ovationen darbringen.

Die „Germania" veröffentlicht folgenden Brief des Papstes an den Kardinal-Erzbischof Krementz von Köln:

Leo P. P. XIII.

Mein geliebter Sohn! Gruß und apostolischen Segen!

Mit Freuden haben Wir Deinen Brief empfangen, durch welchen Du Uns Nachricht von der Schenkung der Dormitio der Gottesmutter gabst, welche jüngst Euer Kaiser zu Jerusalem erworben und den deutschen Katholiken überwiesen hat. Diese Thatsache war bereits vom Kaiser selbst Uns in zuvorkommendster Weise mitgetheilt, und haben Wir Uns beeilt, den Ausdruck Unseres Dankes, wie es ein solches Geschenk verlangt, Hochdemselben umgehend kundzugeben. Es ist nun für Uns eine große Freude, zu beobachten, wie die Katholiken Deutschlands den geziemenden Dank für diese hochherzige Wohlthat sowohl durch ihre Gesinnung, wie durch mancherlei Kund-